

Debatte: Die MigrantInnenquote: mit gutem Beispiel voran

von Daniela Kolbe

55 Jahre nach dem ersten Gastarbeiter-Abkommen ist die SPD als Volkspartei personell noch nicht in unserer modernen Einwanderungsgesellschaft angekommen. Im Wehner'schen Sinne – Politik ist Organisation und Organisation Politik – müssen wir unseren Kernauftrag, die soziale Gerechtigkeit, in unseren eigenen Reihen durchbuchstabieren. Mit der Quote als Selbstverpflichtung für die Bundesgremien schreitet die Parteiführung mit gutem Beispiel voran.

Dass der Parteivorsitzende die MigrantInnenquote als Überraschungscoup durchpeitscht und sie so als Trostpflaster für das vorzeitig beigelegte Ausschlussverfahren gegen Sarrazin wirkt, muss man kritisieren. Dennoch: Wir brauchen sie, weil wir in einer strukturell diskriminierenden Gesellschaft leben. Anders ausgedrückt haben wir es mit einem gesellschaftlichen Machtkonflikt von einem derart fundamentalen Ausmaß – sowohl hinsichtlich der Größe der diskriminierten Gruppe als auch des Grades der Diskriminierung – zu tun, dass hier ausnahmsweise ein Eingriff in die formale Gleichberechtigung gerechtfertigt ist.

Der Migrationsfaktor ist eine Erklärung für soziale Ungleichheit und Benachteiligung. Als Beweis reicht ein Blick auf den Arbeitsmarkt um zu erkennen, dass Hemmnisse existieren, die Menschen daran hindern, entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen eine Beschäftigung zu erlangen. Diese Ungleichheiten sind struktureller Natur und können allein durch den guten Willen Einzelner nicht aufgelöst werden.

Die strukturellen Benachteiligungen wirken auch in die SPD hinein. Zu wenige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – mittlerweile in der 4. Generation! – finden den Weg zu uns. Und zu wenige von ihnen erreichen Parteifunktionen oder öffentliche Ämter. Grundsätzlich ist die



☞ Daniela Kolbe ist Bundestagsabgeordnete der SPD, Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Foto: © Anke Jacob

Quote dafür nur die zweitbeste Lösung, weil sie zeigt, dass etwas von alleine nicht funktioniert, nämlich der Zugang zu und die Verteilung von Verantwortung in der Partei. Der formal gleiche Zugang zur Partei und zu Funktionen reicht aber nicht aus. Vom Ortsverein bis zur Bundesebene haben wir es mit einer extremen Schiefelage in der Repräsentanz von Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund zu tun. Die Quote schafft Abhilfe, weil sie die real existierende gesellschaftliche Benachteiligung mit einer formellen Bevorzugung durchbricht und so gesellschaftliche Gestaltungsmacht für Mitglieder mit Migrationshintergrund möglich macht.

Die Quote legt unsere Auswahl von Personal offen und schafft Transparenz über unsere Entscheidungen. Damit lenkt sie den Blick auf Schwachstellen und zwingt zum Umdenken bei der Aufstellung von KandidatInnen für Mandate. Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund rücken damit automatisch als potentielle KandidatInnen in den Fokus.

Die SPD muss als Aufstiegspartei innerhalb ihrer eigenen Reihen den Aufstieg unabhängig von Herkunft möglich machen. Die dafür nötige interkulturelle Öffnung bedeutet einen Wandel nach Innen und besitzt Ausstrahlungskraft in die Gesellschaft hinein, denn es geht um die gerechte Teilhabe an Macht und Ressourcen. Damit verändert sich die SPD personell und erlangt auf der Symbolebene Glaubwürdigkeit in integrationspolitischen Fragen: sie stellt sich als Volkspartei von Heute und Morgen auf. ■